

LAHN-DILL KURIER

Nachrichten aus dem Lahn-Dill-Kreis

Ausgabe 3, Sommer 2022



Rekordinflation - Ursache und Wirkung



Überall gehen die Preise momentan durch die Decke - egal ob Speiseöl, Benzin oder andere Produkte des täglichen Bedarfs. Die Inflation bewegt sich auf einem 50-Jahre-Hoch und ein Ende ist nicht absehbar. Woran das liegt und wer davon profitiert, schildert Michael Kraft auf Seite 2.



Gastbeitrag von Sophia Mosthaf:

Warum ich als Pflegekraft im Uniklinikum Gießen gekündigt habe

Alles dazu auf Seite 3!



Mobile Luftfilter in unseren Schulen

Wie die CDU Eltern und Schülerinnen und Schüler belügt...



Interview mit Elisabeth Kula,

Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Hessischen Landtag:

Warum braucht es DIE LINKE. noch?



Ein Blick auf die Inflation - Ursache und Wirkung

von Michael Kraft

Die Preise kennen aktuell nur eine Richtung – nach oben. Nach aktuellen Meldungen wird die Inflationsrate im Mai bundesweit bei 7,9%, in Hessen sogar bei 8,4% liegen. Das ist die höchste Preissteigerungsrate seit 50 Jahren! Hauptgründe liegen bei den Preisen von Energie (um 42% teurer) und Lebensmitteln (10,4% Steigerung). Doch offensichtlich ist das Ende der Preisspirale noch längst nicht erreicht. Eine Studie der Allianz zeigt, dass es in den



kommenden Monaten noch einmal zu deutlichen Preiserhöhungen kommen kann. Denn die Erzeugerpreise steigen weiterhin. Bei Milchprodukten sind durchaus noch einmal 20% Aufschlag möglich.

Doch hängt dies alles wirklich mit dem Krieg in der Ukraine und den Nachwirkungen der Corona-Pandemie zusammen, wie man es gebetsmühlenartig immer wieder erzählt?

Ein Blick auf die Ölpreise zeigt, dass sich diese auf dem Weltmarkt seit mehreren Wochen nicht mehr nach oben bewegten. Die Mineralölkonzerne hoben jedoch im Vorgriff auf den angekündigten „Tankrabatt“ die Preise weiterhin an. Der Ökonom Fratzscher bestätigt das. Ziel ist dabei, zusätzliche Gewinne zu generieren und trotz des „Rabattes“ höhere Margen zu erzielen. Wieder einmal erweist sich, dass die ominöse „unsichtbare Hand des Marktes“ eben nicht alles regelt, sondern dass staatliche Eingriffe notwendig wären, um die schamlose Abzocke des Verbrauchers zu unterbinden.

Noch bedrohlicher sieht die Lage auf dem internationalen Markt für Lebensmittel aus. Hier treiben Spekulationen mit Nahrungsmitteln die Preise in solche Höhen, dass sich in ärmeren Ländern des Globus inzwischen viele Menschen nicht einmal mehr ihr täglich Brot leisten können! Das World Food Programme der Vereinten Nationen benötigt dieses Jahr rund 50% mehr Kapital als noch 2019, um dieselbe Menge an Lebensmittel für die Hungernden der Welt zu beschaffen. Die Vereinten Nationen beklagen in diesem Zusammenhang die Spekulation mit Lebensmitteln an den internationalen Börsen. So haben zwei Investmentfonds im April dieses Jahres mit 1,2 Billionen \$ auf den Anstieg von Nahrungsmittelpreisen gewettet, nachdem sie im gesamten Vorjahr mit 197 Millionen auf dem Markt aktiv waren!

Es gilt wie in allen Krisen: wenige Reiche werden reicher, aber viele Menschen werden immer ärmer – und die Regierung sieht achselzuckend zu.



Wohnen muss bezahlbar bleiben!

Sie haben Probleme mit Ihren Strom- oder Heizkosten?

Unsere Energiekosten-Hotline:

0561-920 15 05

Montag bis Freitag: 16 - 18 Uhr

DIE LINKE.
hilft!

Keine Zeit!

Warum ich als Pflegekraft gekündigt habe

Sophia Mosthaf, 28 Jahre alt, hat bereits in drei unterschiedlichen Kliniken Erfahrung als examinierte Gesundheits- und Krankenpflegerin gesammelt. Bis April 2022 arbeitete sie im Uniklinikum Gießen. Nun hat sie aus Gründen gekündigt und orientiert sich beruflich um.



Angefangen hat alles 2012 mit einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Im ersten Dienst sollte ich direkt einer Patientin beim Duschen helfen, mit den Worten „Das ist nicht so schwer, das schaffst du.“ Nach zwei Wochen bekam ich den „Pflegestandard Körperpflege“ in die Hand gedrückt. Für mehr war keine Zeit. Dann der erste Todesfall: Supervision? Pustekuchen. Dafür war keine Zeit.

Nach dem FSJ dann ab 2013 die Ausbildung: Gelernt hab ich fast nur durch Beobachten, proaktives Fragen und Fordern. Und hab immer wieder gehört: „Bleib nicht in der Pflege, das macht dich kaputt.“ Das System sei krank, wir in der Pflege seien egal, austauschbar. Sehen und glauben wollte ich das nie. Obwohl ich 90% der Ausbildung das Gefühl hatte, nur zum „Waschen, Füttern und Pampern“ da zu sein. Für mehr war keine Zeit. Für Respekt scheinbar auch nicht.

2016 dann ein Jahr Arbeit auf der Onkologie. Ab und zu „freundlichst gebeten“ worden, auf der Neurologie auszuhelfen. Einarbeitung? Keine Zeit. Ich wurde einfach auf die Patient:innen losgelassen, obwohl ich fachlich keine Ahnung hatte. Drei Stellen offen im Team, zwei Kolleginnen dauerkrank. Bedeutet: Jede Vollzeitkraft arbeitet zwölf Tage, hat dann zwei Tage frei - und mit Glück mal einen Tag unter der Woche. Erholung? Braucht keiner. Sieht der Rahmendienstplan nicht vor. Am besten auch „nur“ drei Nächte am Stück arbeiten, dann darf man nämlich nach zwei Tagen wieder antanzen zum Tagdienst. Irgendwann merkt die Direktion: Klappt auch mit weniger Personal, wir streichen zwei Stellen.

Während der Pandemie Ende 2020 dachte ich dann: „Die brauchen keinen Applaus, die brauchen Hilfe.“ Mir wurden die Füße geküsst. Vier Jahre später, andere Stadt, anderes Krankenhaus - es war der gleiche Mist: Vier offene Stellen, zwei Kolleginnen dauerkrank. In meinem dritten Spätdienst stand ich plötzlich alleine da mit Verantwortung für 28 Patient:innen. Fachlich zu dem Zeitpunkt keine Ahnung, für Einarbeitung war nie Zeit gewesen. „Das lernst du mit der Zeit.“ Die Unterversorgung mancher Patient:innen an solchen Tagen hat mich psychisch oft an meine Grenzen gebracht. Wissentliches Vernachlässigen, weil man sich nicht verteilen kann.

Das ist einfach zu viel. Und von der körperlichen Belastung oder dem Gehalt will ich gar nicht erst anfangen...



**Sie haben selbst Erfahrungen im Gesundheitsbereich?
Gerne bieten wir Ihnen Platz, Ihre Geschichte zu erzählen!
Kontaktieren Sie uns unter kreisverband@die-linke-ldk.de!**

Lahn-Dill-Kreis: Koalitionsfrieden vor nachhaltiger Politik

Der Koalition im Kreis aus SPD, Bündnis90/Die Grünen, FWG und FDP ist Einigkeit wichtiger als nachhaltige Politik. Dies konnten wir in der letzten Kreistagssitzung am 23. Mai 2022 zum wiederholten Mal deutlich erkennen.

Wetzlar: ÖPNV stärken statt „Hauptstadt der Parkhäuser“

Die CDU hatte beantragt, die Voraussetzungen für den Bau einer Parkpalette im Bereich des Schulzentrums in Wetzlar zu schaffen und entsprechend Mittel in den Haushalt 2023 einzustellen. Gegen diesen Antrag reichten wir einen Alternativantrag ein, mit dem wir die Einrichtung einer ÖPNV-Sonderlinie anstreben.



Diese kann die kürzlich von der Kreisverwaltung erfassten Pendler*innenparkplätze mit dem Schulzentrum als eine Art Expresslinie verbinden. Das wäre nicht nur ein nachhaltiger Beitrag zur Reduzierung des innerstädtischen Verkehrs, sondern würde die bisherigen Maßnahmen der Kreisverwaltung auch in ein sinnvolles Konzept einbinden.

Unser Antrag wurde von der Koalition abgelehnt, somit auch von Bündnis90/Die Grünen – der Partei, die ständig von der erforderlichen Verkehrswende spricht. Gewundert hat uns das nicht. Es sind schließlich allesamt die gleichen Parteien, die im Stadtparlament Wetzlar gemeinsam den Bau des klimaufreundlichen Parkhauses in der Goethestraße beschlossen haben.

Barrierefreier Zugang zu Menstruationsartikeln in Schulen: Koalition blamiert sich bis auf die Knochen!

Ein weiteres Beispiel ist unser Antrag auf kostenfreie Menstruationsprodukte in Bildungseinrichtungen. Auch hier konnte sich die Koalition nicht auf eine Zustimmung einigen und hat daher einen extrem unsinnigen Änderungsantrag gestellt. In diesem Antrag fordern sie ein Pilotprojekt mit drei Schulen. Hier soll je eine Grundschule, eine Mittelstufen- und eine Oberstufenschule für sechs Monate ausgewählt werden.

In der Begründung steht: „Bei Mädchen – vor allem in der Pubertät – ist die Periode oft nicht planbar und auch mit Scham besetzt. Die notwendigen Hygieneartikel sollten in den Toiletten verfügbar sein.“

Auch in Hessen gibt es zahlreiche Schulen, die bereits gute Erfahrungen mit der Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsartikeln gemacht haben. Bei ihnen kann man nachfragen. Also wofür ein Pilotprojekt? Das konnte selbst die Koalition auf Nachfrage nicht begründen, sie blieb jedoch trotzdem starrsinnig.

Anliegen? Ideen? Probleme?
Kontaktieren Sie uns: kreistagsfraktion@die-linke-ldk.de





Mobile Luftfilter in Schulen - Wie die CDU systematisch Eltern und Schülerinnen und Schüler belügt

In einer Mitteilung der Jungen Union schreibt der Kreistagsabgeordnete Leo Müller am 07. Juli 2021, dass „Stoßlüften spätestens im Herbst nicht mehr praktikabel“ sei und man deshalb mobile Luftfilter anschaffen müsse.

Gabriel Schneider, Vorsitzender der Junge Union Lahn-Dill, wird in einem Beitrag vom 23. Oktober 2021 zitiert: „Lernen mit Winterjacken ist nach 1,5 Jahren keine Option mehr“ und wirbt – nicht nur zum Missfallen des Kreiselternbeirates – für eine Petition zur Anschaffung mobiler Luftfilter.



Und nicht nur das. Auch im Kreistag nutzt die CDU jede Gelegenheit, um das Thema mobile Luftfilter mit Anträgen oder Anfragen ständig wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Nicht falsch verstehen: Als LINKE sind wir nicht gegen die Anschaffung von mobilen Luftfiltern. Der gezielte unbedenkliche Einsatz als Ergänzungsmaßnahme ist durchaus sinnvoll. Aber wir sind für eine ehrliche Debatte.

Und es macht mich wirklich wütend, dass die CDU systematisch versucht, die berechtigten Ängste und Sorgen der Eltern und Schüler*innen für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren und, ja, auch Hass zu schüren. Denn die CDU suggeriert seit Monaten gezielt, dass diese Geräte das Lüften gänzlich ersetzen könnten, man dann keine Jacken mehr tragen müsse und dann alles gut sei. Und das ist nun mal nicht der Fall.

Selbst wenn der Kreis in jedem Unterrichtsraum mobile Luftfilter aufstellen würde, müsste genauso wie zuvor gelüftet werden. Diese Luftfilter ersetzen keinen einzigen Lüftungsvorgang, und das weiß auch die CDU ganz genau, das haben uns Expertinnen mehrfach bestätigt. Letzteres ist für die CDU irrelevant. Sie spielt munter weiter auf der populistischen Klaviatur und nutzt die Ängste und Sorgen von Eltern und Schüler*innen schamlos aus, indem sie mit ihrer Desinformation nicht nur Hass schürt, sondern auch demokratische Grundwerte mit Füßen tritt.

*Tim Zborschil,
Kreistagsabgeordneter und Sprecher für Bildungspolitik
der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Lahn-Dill*

**Was sind Ihre Erfahrungen als Eltern oder als
Schüler*innen in der Corona-Zeit?**
Schreiben Sie mir unter: kontakt@tim-zborschil.de



Elisabeth Kula im Interview

Elisabeth Kula aus Marburg ist seit Ende 2021 Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Hessischen Landtag und damit direkte Nachfolgerin von Janine Wissler.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der 32-jährigen sind Bildungs-, Schul-, und Jugendpolitik.

Mehr Artikel und Interviews auf lahn-dill-kurier.de



Du bist in Lich geboren und in Marburg politisch „groß geworden“. Kommst also aus der direkten Nachbarschaft. Was verbindet Du mit dem Lahn-Dill-Kreis, gibt es da eine Anekdote, die dir besonders in Erinnerung geblieben ist?

Kula: Mit dem Lahn-Dill-Kreis verbinde ich vor allem Wetzlar als einen Anlaufpunkt im ländlichen Raum. Ich bin bei Grünberg aufgewachsen, deswegen war Gießen immer die nächst größere Stadt, zu der man zum Einkaufen aber auch Feiern gefahren ist. Wetzlar war da immer neben Alsfeld die nette und schöne Alternative, auf die man sich dann besonders gefreut hat. Politisch verbinde ich aber mit dem Lahn-Dill-Kreis ein breites antifaschistisches Engagement der Zivilbevölkerung, das hat mich schon immer sehr beeindruckt.

1,7 % in Schleswig-Holstein, 2,1% bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Warum braucht es DIE LINKE. noch?

Kula: Wir sind diejenigen, die Politik grundsätzlich ändern wollen. Was meine ich damit? Unsere Veränderungen würden konkret bei der Mehrheit der Menschen im Alltag spürbar ankommen.

Mieten würden gedeckelt und bezahlbar, es gäbe mehr Busse und Bahn auf dem Land, es würde deutlich günstiger bis kostenfreier ÖPNV angeboten, Hartz IV zu Gunsten einer sanktionsfreien Mindestsicherung abgeschafft, Rentnerinnen und Rentner würden anständige Renten für ihre Lebensleistung erhalten. Und wir wollen die Gesellschaft demokratisieren: überall möchten wir mehr Mitbestimmung, egal ob am Arbeitsplatz, an der Schule oder in der Kommune.

Ein anderes Beispiel: Obwohl viel von Klimaschutz geredet wird, lässt die Regierungspolitik der Ampel im Bund oder von schwarzen Landesregierungen kleine Klimapolitik erkennen. Das 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens liegt in weiter Ferne. Der Ampel-Koalitionsvertrag verspricht Klimaneutralität aber erst für 2045 – viel zu spät, um die Klimakrise aufzuhalten.

DIE LINKE. ist die einzige Partei, die klar sagt: Unendliches Wachstum ist auf einem endlichen Planeten nicht möglich. Wir müssen weg von einer wirtschaftlichen Profitlogik: Zwei Drittel der weltweiten CO₂-Belastung wird von nur 100 Großkonzernen verursacht. Indem wir das kritisieren, schützen wir die einfachen Menschen vor sozialem Abstieg und das Klima.

Egal ob bei Frieden, Wohnungspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik: Überall stehen die Interessen der Reichen und Mächtigen den Interessen der einfachen Bevölkerungen und der Umwelt entgegen. Wir vertreten überall wo wir können, die letzteren Interessen. Wer noch?

In Zeiten von Krieg, zunehmender sozialer Spaltung und Ungerechtigkeit sollte man meinen, dass eine linke Partei punkten können müsste. Woran liegt es, dass DIE LINKE. nicht durchdringt?

Kula: Linke Parteien haben es immer schwerer durchzudringen als andere Parteien: Wie oft beschäftigen sich Leitartikel auf Spiegel Online, Talkshows in der ARD oder TikTok-Videos von Influencern mit den sozialen Nöten eines Menschen, der als Reinigungskraft jede Nacht die Frankfurter S-Bahnen säubert? Unsere Punkte sind schwer hörbar, weil die Probleme und schwierigen Lebenslagen großer Bevölkerungsteile unsichtbar gemacht werden. Dagegen müssen wir als LINKE. geschlossener agieren, um unsere Stimmen zu bündeln. Klar, wir müssen uns auch weiterhin streiten, aber die Zerfleischung muss aufhören. Aktuell werden wir als zu vielstimmig wahrgenommen. Wenn führende linke Politiker:innen unterschiedliche Positionen vertreten, weiß niemand außerhalb mehr genau, wofür wir stehen.

Im Herbst 2023 stehen die hessischen Landtagswahlen auf dem Programm. Im letzten Hessestrend lag DIE LINKE. bei 5%. CDU, Grüne und SPD schicken um das Amt des Landeschefs wohl politische Schwergewichte ins Rennen. Deshalb: Wird es im nächsten Landtag noch eine Linksfraktion geben?

Kula: Wir werden darum kämpfen und sind zuversichtlich. Wir sind in Hessen gut aufgestellt und können auf eine langjährige Arbeit im Landesparlament zurückblicken, die hilft, Strukturen zu bilden und unsere Arbeit mit der Arbeit von Menschen in verschiedensten Bereichen zu vernetzen, wie Gewerkschaften, Flüchtlingsorganisationen oder Umweltverbänden. Wir sind überzeugt, dass es eine LINKE Alternative zu denjenigen, die sich nur darum streiten, wer ein Land besser verwalten kann, im Landtag geben muss. In Hessen war es immer knapp mit dem Einzug, aber wir haben auch gezeigt: Mit der LINKEN. in Hessen muss man rechnen!

DIE LINKE. hat momentan den Vorteil, dass wir die einzige glaubwürdige Opposition zu der herrschenden Regierungspolitik sind: Was schwarz-grün in Hessen vermässelt, vermässelt die Ampel auf Bundesebene. Auf dieser Grundlage werden wir Überzeugungsarbeit leisten: An den Haustüren, auf dem Infostand, in den sozialen Medien. Dazu brauchen wir Schwerpunkte und müssen uns gut organisatorisch und personell aufstellen.

Welche Themen drängen sich in Hessen ganz besonders auf und welche Antwort hat DIE LINKE. darauf?

Kula: Der Mord an Dr. Lübcke, der Terror von Hanau oder NSU 2.0: Hessen ist ein Hotspot des Rechtsterrors. Zu all diesen Tattaten arbeiten wir zurzeit parlamentarisch und außerparlamentarisch in Untersuchungsausschüssen im Landtag oder in der Prozessbeobachtung und konnten dort wertvolle, teils verstörende Erkenntnisse gewinnen. Diese haben gezeigt, dass es auch in Hessen verfestigte und militante Neonazi-Strukturen gibt. Auf diese Tatsache haben viele Menschen schon lange hingewiesen. Durch die Landesregierung wurde sie aber jahrelang klein geredet und verharmlost.

Weiter wollen wir Kinderarmut bekämpfen, bezahlbare Wohnungen für alle schaffen oder die Privatisierung von Krankenhäusern und anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge rückgängig machen. Soziale Gerechtigkeit, Bildung, Kampf gegen Rechts, sozial-ökologischer Umbau und bezahlbarer Wohnraum: das sind die Themen für die wir im Landtag und außerparlamentarisch kämpfen!



Weitere Interviews und Ausgaben des Lahn-Dill-Kuriers gibt es auf lahn-dill-kurier.de

Zum Abschluss: Was ist im Angesicht all der Krisen und Ungerechtigkeiten Dein Appell an die oftmals „schweigende Mehrheit“?

Kula: Organisiert euch, wehrt euch gegen Missstände vor Ort. Auch wenn es manchmal so scheint, als hätte man sowieso keine Macht und keine Stimme: gemeinsam kann man etwas erreichen! Das haben betriebliche Kämpfe, aber auch Widerstand gegen Sozialabbau immer wieder gezeigt. Wenn von unten Druck kommt, dann müssen die oben reagieren. Wir als LINKE. verstehen uns auch als Sprachrohr sozialer Bewegungen im Parlament.

Album-Tipp „Mann beißt Hund“ von OG Keemo



„Also das Kräfteverhältnis ist so verschoben, dass man an uns 'ne ganz andere Erwartungshaltung hat. Die Verantwortung ist jetzt bei uns. Und wir haben ihn'n jegliches Recht auf Schuld genommen. Also wenn Hund Mann beißt, sind wir schuld. Und wenn Mann Hund beißt, dann auch, wisst ihr, was ich meine?“ (Mann Skit)

Nach seinem Umzug lernt Karim Joel Martin, besser bekannt unter seinem Künstlernamen OG Keemo, die jungen Malik und Yasha kennen. Seine Freundschaft mit diesen Jungen und welche Wege sie aufgrund des Lebens am Rande der Gesellschaft einschlugen, erzählt der Rapper im neu erschienenen Album „Mann beißt Hund“. In 15 Songs und 2 Skits lernt man die Welt der Jugend des Musikers kennen.

Von Drogenproblemen, Gewalt und Suizid bis zur eigenen Überlebensschuld. Es scheint, es würde kein Blatt vor den Mund genommen werden. Man mag die Ausdrucksweise der Musik gegebenenfalls etwas obszön und überspitzt finden. Doch was OG Keemo mit seinem Album vermittelt, ist ein künstlerisches Werk, das einem ein deutliches Bild der deutschen Armut vor Augen führt. Wenn man mit einer etwas expliziten Sprache klarkommt, sollte man sich dieses Album auf jeden Fall anhören.

Marvin Dietrich

Konzerttermine in der Region

- 30.07.2022 Waving the Guns - Wiesbaden - Tapefabrik
- 10.08.2022 Tocotronic - Wiesbaden - Schlachthof
- 18.08.2022 Antilopen Gang - Frankfurt - Batschkapp
- 11.09.2022 DIE ÄRZTE - Frankfurt - Batschkapp
- 03.10.2022 Danger Dan - Frankfurt Batschkapp
- 19.10.2022 OK KID - Frankfurt - Batschkapp
- 28.10.2022 Finna - Wiesbaden - Kreativfabrik
- 18.11.2022 Egotronic - Koblenz - Circus Maximus
- 12.11.2022 Waving the Guns - Frankfurt - Zoom



Zu mehr Lohn mit der Gewerkschaft - ein Gastbeitrag

Diethelm Nickel aus Siegbach ist langjähriger aktiver Gewerkschafter bei der IG Metall in Herborn.

Du hast ein interessantes Thema und möchtest auch gerne einen Gastbeitrag schreiben? Gerne! Kontaktiere uns unter: kreisverband@die-linke-ldk.de



Was würdest Du sagen, wenn Du auf ein komplettes Monatsgehalt verzichten müsstest?

Warum stelle ich diese Frage? Weil eine Inflationsquote von über sieben Prozent letztendlich einem Monatsgehalt entspricht. Wer 20.000 € im Jahr verdient, verliert rund 1400 € durch die aktuelle Teuerungsrate. Unsere Kaufkraft schmilzt in der Frühlingssonne dahin. Die Forschung rechnet für Deutschland auch in den nächsten Monaten mit Inflationsraten von über 7%. Mehr Lohn ist also vonnöten. Doch wie bekomme ich mehr Lohn? Und wer bestimmt eigentlich die Höhe des Lohns? In Deutschland werden Löhne und Gehälter von den Tarifparteien ausgehandelt. Tarifvertragsparteien für Lohnabhängige sind die Gewerkschaften. Auf der anderen Seite verhandelt entweder der Arbeitgeberverband (bei Flächentarifverträgen) oder der Arbeitgeber alleine (bei Haustarifverträgen).

In den tarifgebundenen Betrieben stehen in diesem Jahr wieder Tarifausschreitungen an. Die Friedenspflicht in der Stahlindustrie Nordwest, zu der auch das Stahlwerk Outokumpu in Dillenburg gehört, endet am 31. Mai. Die IG Metall fordert für ihre Mitglieder 8,2% mehr Lohn. Doch die Unternehmen bieten lediglich eine Einmalzahlung von 2.100 € an. Es wird daher ab 1. Juni zu ersten Warnstreiks in den Betrieben kommen.

Tarifungebundene Belegschaften sind schlechter dran als ihre Kollegschaft in Betrieben mit Tarifverträgen. Denn der jährliche Verzicht auf Tarifierhöhungen bedeutet, dass Beschäftigte spürbare Einkommenseinbußen haben. Im Schnitt verdient eine Arbeitskraft in einem Betrieb ohne Tarifvertrag fast ein Viertel weniger als Beschäftigte in einem tarifgebundenen Betrieb. Bei Fachkräften beträgt das Minus rund 21%, bei Angelernten über 23% und bei Ungelernten sogar 32%. Die Differenzen zeigen: Nur mit Tarifvertrag geht es im Betrieb gerecht zu.

Ein tarifloser Zustand muss aber kein Dauerzustand bleiben. Dafür ist es wichtig, Mitglied in der zuständigen Gewerkschaft zu werden. Denn für das Aushandeln von Tarifverträgen braucht die Gewerkschaft ein „Mandat“. Sie kann nur für ihre Mitglieder verhandeln. Dabei gilt nach wie vor die alte Faustregel: Je mehr, desto stärker und durchsetzungsfähiger. Je mehr Beschäftigte sich für einen Tarifvertrag einsetzen und die Gewerkschaft dabei unterstützen, desto größer die Chance, einen guten Tarifvertrag durchzusetzen.

Nicht immer stehen arbeitgebende Unternehmen Tarifverträgen zustimmend gegenüber. Zu oft argumentieren sie, dass gerade jetzt nicht der richtige Zeitpunkt sei. Deshalb müssen Vorgesetzte manchmal von der guten Sache überzeugt werden. Beschäftigte sind daher gut beraten, sich auf Gegenwind einzustellen und zu prüfen: Sind wir schon stark genug? Belegschaften sollten in der Lage sein, gegebenenfalls Druck aufzubauen, um der Geschäftsleitung zu signalisieren: Wir stehen zu unseren Forderungen und wollen gute Tarifstandards durchsetzen.





Einwurf von LINKS

Die Wochenendkolumne von Michael Kraft

Rente erst mit 70!?

Selbsternannte Fachkundige fordern wieder einmal die Anhebung des Renteneintrittsalters. Diesmal soll es auf 70 Jahre hinaufgesetzt werden. Sicher, als Professor eines Wirtschaftsforschungsinstitutes kann man bestimmt noch mit 70 gemütlich im Ledersessel sitzen und Statistiken auswerten. Für hart arbeitende Menschen, z.B. auf dem Bau, am Fließband oder als Dachdecker, sieht die Sache aber ganz anders aus.



Wenn diese Menschen ihre Berufe nicht mehr ausüben können und dann vorher in den verdienten Ruhestand gehen müssen, wären die Wartezeiten entsprechend noch länger. Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass die Abzüge der ohnehin kargen Renten für die genannten Beschäftigten noch höher wären.

Doch dies ist nicht der einzige Nachteil an diesem Vorschlag. Denn es ist schließlich allgemein bekannt ist, dass schwer körperlich Arbeitende eine deutlich geringere Lebenserwartung bei niedrigeren Rentenbezügen haben. Somit sind diese Arbeitskräfte mit solchen Vorschlägen wieder einmal doppelt benachteiligt.

Wenn man dann einen Blick auf die Parteien im Land wirft, kann es einem angst und bange werden. Die Zustimmung für einen solchen Vorschlag ist für die Union und die FDP quasi obligatorisch. Die Grünen haben durch Robert Habeck schon vorsichtige Zustimmung signalisiert. Der Vizekanzler ließ verlauten, er wäre gesprächsbereit und könne sich ein flexibles „Fenster“ zum Renteneintritt vorstellen. Wie lange sich dann noch die SPD verweigern kann, kann man sich nur zu gut vorstellen. Wir alle haben ja dank der Schröderschen Reformpolitik schon ein Renteneintritt mit 67 kennenlernen dürfen.

So bleibt zu hoffen, dass sich die Gewerkschaften diesmal standhaft dagegenstemmen werden. Der Sozialverband VdK hat sich bereits eindeutig gegen solche Pläne positioniert. Er fordert eine Reform des Rentensystems nach österreichischem Vorbild mit einer Rentenversicherung, in das alle einzahlen – auch Beamte, Selbstständige und Politiker. Hier findet sich der VdK Seite an Seite mit DIE LINKE.

Die Forderung muss daher lauten: Hart arbeitende Menschen müssen bereits mit 63 Jahren ohne Abschläge in den Ruhestand gehen können! Nur so kann ein soziales Rentensystem aussehen.





Hermann Schaus

berichtet aus dem Landtag:

Landtagsabgeordneter seit 2008, wohnhaft in Wetzlar

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Neuer hessischer Ministerpräsident, aber mit der alten Politik geht es weiter!

In der letzten Plenarwoche stand der angekündigte Rücktritt des Ministerpräsidenten Volker Bouffier, der 12 Jahre in diesem Amt tätig war, im Vordergrund. Damit verbunden war die Wahl von Boris Rhein (CDU) zum neuen Ministerpräsidenten. Dies überlagerte nahezu alle Debatten in der Plenarwoche vom 31. Mai – 02. Juni 2022. Rhein wurde mit 74 Stimmen gewählt. Das waren 5 Stimmen mehr, als die Koalition aus CDU und Grünen hat. In der neuen Landesregierung sitzen, bis auf eine Ausnahme, die gleichen Ministerinnen und Minister wie zuvor. Lediglich die glücklose Justizministerin Kühne-Hörmann wurde durch den Oberlandesgerichtspräsidenten Poseck ausgewechselt.

„Vom Law-and-Order-Mann zum Landesvater“ – diese wundersame Wandlung ist Volker Bouffier in seiner politischen Karriere gelungen. Das kann für uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die bisherige Landesregierung beispielsweise beim Kampf gegen Armut und dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit erschreckend wenig vorzuweisen hat. Und in der Innenpolitik gilt, dass auch unter Schwarzgrün eine Abfolge von Skandalen traurige Realität ist, resümierte unsere Fraktionsvorsitzende Lise Kula.

Der Wechsel zu Boris Rhein, der mutmaßlich auch mit einigen Stimmen aus der AfD gewählt wurde, steht deshalb nicht für Aufbruch und Erneuerung. Die Regierungskoalition hat nur ein jüngerer, jovialeres Gesicht bekommen. Doch das reicht nicht! Notwendig ist für uns LINKE. ein sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft und der Gesellschaft in Hessen. Überfällig sind Investitionen in die Zukunft, insbesondere in Bildung, ÖPNV, Kliniken und öffentliche Infrastruktur. Es braucht Programme, um Wohnen in den Städten wieder bezahlbar zu machen und um für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Die Mehrheit der Menschen in Hessen muss endlich merken, dass für ihre Interessen Politik gemacht werden kann: Für die Pflegekraft, den Busfahrer, die Kassiererin im Supermarkt oder die Erzieherin. Diese Leistungsträger*innen unserer Gesellschaft und ihre Sorgen und Interessen müssen aus unserer Sicht endlich in den Mittelpunkt der Landespolitik gestellt werden!

Ein Austausch des Ministerpräsidenten ist dafür nicht ausreichend. Es braucht einen echten Politikwechsel – und dafür stehen wir weiterhin als LINKE im Hessischen Landtag!

Sie haben ein Anliegen?

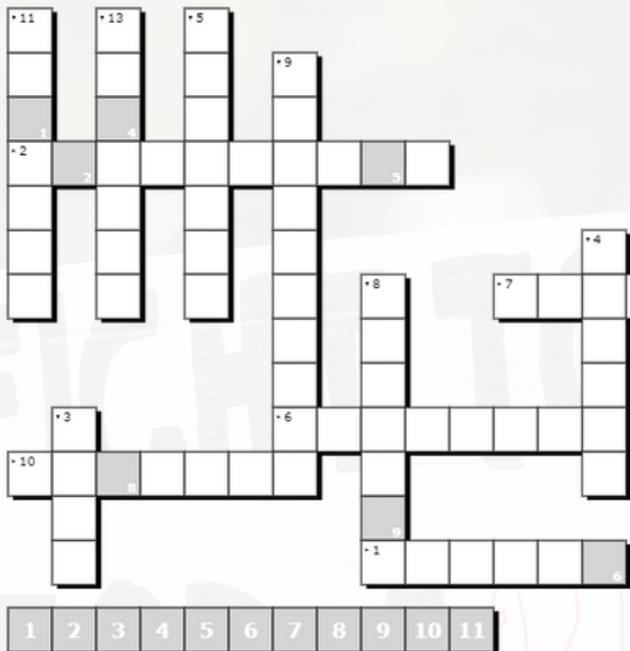
Kontaktieren Sie mich gerne über meinen Wahlkreismitarbeiter vor Ort Tim Zborschil: kontakt@tim-zborschil.de

Wahlkreisbüro: Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar (Nähe der Stadthalle)

geöffnet Mo, Di 11-14 Uhr ; Fr 13-16 Uhr



Gewinne das neue Buch von Gregor Gysi "Was Politiker nicht sagen"



1. LINKE-Landtagsabgeordneter aus Wetzlar
2. Stadtteil von Leun
3. Fluss im LDK
4. Liedermacher Konstantin...
5. Griechischer Buchstabe
6. Laubbaum
7. Deutscher Dichter
8. künstlerisch, meisterhaft
9. Gemeinde im nördlichen LDK
10. Schwerpunktthema E. Kula
11. Lateinamerikanischer Tanz
12. Hunderasse
13. Inselstaat im Pazifik

Das Buch wird unter allen Einsendungen verlost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Einsendeschluss 18. September 2022

Lösungswort per Mail an: kreisverband@die-linke-ldk.de

Mitmachen und einmischen! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Gegen Waffenexporte und Kriegeinsätze der Bundeswehr. Für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums.

**Einmischen!
Mitmachen!** 

Interesse? Schreiben Sie uns eine E-Mail an kreisverband@die-linke-ldk.de oder kommen Sie einfach mal vorbei. Unser Büro ist jeden Wochentag besetzt!

Sie finden den Lahn-Dill-Kurier gut und möchten uns unterstützen? Gerne können Sie mit einer kleinen **Spende** dazu beitragen, dass unsere künftigen Auflagenzahl größer wird!

DIE LINKE. KV Lahn-Dill
Sparkasse Wetzlar
IBAN: DE69 5155 0035 0000 046128

DIE LINKE. Lahn-Dill
Friedenstraße 16,
35578 Wetzlar (Nähe Stadthalle)

Öffnungszeiten:
MO, DI, DO: 11 bis 14 Uhr
MI: 11 bis 17 Uhr
FR: 13 bis 16 Uhr

Mehr Infos und aktuelle News immer auf unseren Kanälen:



@linke_lahndill



@DIE.LINKE.LDK



www.lahn-dill-kurier.de

Impressum:

DIE LINKE. Lahn-Dill
V.i.S.d.P. Tim Zborschil
Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar